

Harte Strafe für tiefen Griff in die Kasse

Die Strafkammer verurteilt einen Ex-Manager der Firma Raps wegen Untreue zu vier Jahren und sechs Monaten Haft. Von Freispruch, wie der Verteidiger gefordert hat, will das Gericht nichts wissen.

Von Melitta Burger

Kulmbach/Hof – Zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten hat die Wirtschaftskammer am Landgericht Hof gestern einen ehemaligen Manager des Kulmbacher Gewürzherstellers Raps verurteilt. Der 46-Jährige ist nach Überzeugung der Kammer unter Vorsitz von Matthias Burghardt in 31 Fällen der Untreue schuldig, 13 der Taten stellen besonders schwere Fälle dar. Mit diesem Urteilsspruch übertraf die Kammer noch den Antrag des Staatsanwalts, der drei Jahre und neun Monate gefordert hatte. Eine deutliche Abfuhr musste Verteidiger Volker Beermann einstecken. Er hatte auf Freispruch plädiert und argumentiert, sein Mandant habe weder vorsätzlich gehandelt noch habe er sich an den mehr als 1,7 Millionen Euro Firmengeld bereichern wollen.

Dieser Argumentation erteilte der vorsitzende Richter eine deutliche Abfuhr. Das sei nichts anderes, als wenn jemand einem Gegenüber 31 Mal ins Gesicht schlage und dann die Frage des Vorsatzes damit vom Tisch wischen wolle, indem er sagt, er habe nicht die Absicht gehabt, seinem Gegenüber weh zu tun. Und auch sonst ließ es das Gericht in sei-

ner Urteilsbegründung an Deutlichkeit nicht fehlen.

Der verheiratete Vater zweier Kinder habe in seiner Firma höchstes Vertrauen genossen. Dieses Vertrauen habe der Angeklagte missbraucht, als er zwischen 2010 und 2011, um private Fehlspekulationen von rund 330.000 Euro zu retten, mehr als 1,7 Millionen Euro in 31 Teilbeträgen vom Konto seines Arbeitgebers an seine zwielichtigen Investmentpartner überwies. „Als ob das noch nicht genug gewesen wäre, hat er sein Handeln auch noch verschleiert“, lautete der Vorwurf des Richters. Der 46-Jährige hatte die Bilanzen seines Unternehmens so frisiert, dass die Kulmbacher Zentrale glauben musste, das Geld läge weiterhin auf sicheren Festgeldkonten bei einer Bank. Auf-

„Der Angeklagte war weder unbedarft noch gutgläubig und er war auch nicht Opfer.“

Vorsitzender Richter Matthias Burghardt

geflogen war die Sache erst, als Raps in Kulmbach die Gewinne seiner Auslandstochter anforderte, weil sie für Investitionen gebraucht wurden.

Hart ins Gericht ging die Kammer mit der Strategie von Verteidiger Volker Beermann. Der hatte in seinem Plädoyer seinen Mandanten als Opfer beschrieben, als unbedarft und einfühlend und ob des restlos verzockten Privatvermögens gar eine „posttraumatische Belastungsstörung“ zur Entschuldigung vorgebracht. Dem widersprach das Gericht klar: „Er war nicht Opfer. Ein Opfer erleidet ohne eigenes Zutun Schaden.“ Immer wieder erlebten Gerichte solche Fälle, führte Richter Burghardt aus.

Die Motivation sei immer die gleiche: Steuern sparen und Gier. „Dem Argument verfallen selbst Menschen, die gar keine Steuern zahlen, und Gier wird bei allen Versprechungen über sechs Prozent geweckt.“ Echte Opfer würden verhöhnt, vergleiche man sie mit Menschen, die aufgrund ihrer Gier Geld verloren haben. „Der Angeklagte war weder unbedarft noch gutgläubig und er war auch nicht Opfer“, betonte der Vorsitzende, der auch nicht zu glauben vermochte, dass der Angeklagte vorgehabt haben will, das Geld zurückzugeben, gar mit Zinsen. Der Angeklagte sei nicht, wie er sagte, ein „110-prozentiger Rapsianer“, fand die Kammer: „Wäre er nur 90 Prozent Rapsianer gewesen, hätte er daran nicht einmal gedacht und wäre er es nur zu 50 Prozent gewesen, hätte er zumindest rechtzeitig aufgehört und sich seinem Arbeitgeber offenbart.“ Auch ein weiteres Argument der Verteidigung wies die Kammer zurück. Obwohl die Tat in Belgien begangen wurde und auch die rechtlich selbstständige Niederlassung von Raps in Belgien betroffen war, sei für einen deutschen Staatsbürger auch deutsches Recht anzuwenden.

Zugunsten des Angeklagten wertete die Kammer sein, wenn auch nur teilweises, Geständnis und sein bislang straffreies Leben. Auch die Tatsache, dass er sein gesamtes Vermögen verzockt hatte, wirkte sich positiv aus, ebenso wie der Verlust des Arbeitsplatzes. Erschwerend müsse der lange Zeitraum gewertet werden, in dem der Angeklagte seine Firma regelrecht ausplünderte.

Gegen das Urteil wird Verteidiger Beermann umgehend Revision einlegen, wie er noch gestern ankündigte.



Teilnahmslos saß der 46-jährige Angeklagte neben seinem Verteidiger Volker Beermann, als das Urteil fiel. Gegen den Schuldspruch hat Beermann noch im Gerichtssaal Revision angekündigt.

Foto: Burger

Bezirks-Chef hat von AfD die Nase voll

Bamberg – Dr. Franz Eibl, bisheriger Bezirksvorsitzender der AfD Oberfranken und Pressesprecher AfD Bayern, schmeißt hin: Gestern hat der Stegauracher seine Ämter niedergelegt und seinen Parteiaustritt erklärt. In seiner Mitteilung in eigener Sache hält er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Während der Pressekonferenz von Bernd Lucke mit den Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen am Mittwoch sei ihm klar geworden, „dass die politische Mitte längst nicht mehr die Zielgruppe dieser Partei ist, mit der Menschen aus allen Richtungen des demokratischen Spektrums noch vor einem Jahr große Hoffnungen verbunden haben“, teilt Eibl mit.

Das nun vorgestellte Gesellschaftsbild hält der ehemalige AfD-Bezirkschef als „schlichtweg reaktionär, und für Menschen, die für eine pluralistische, liberale, offene und tolerante Gesellschaft eintreten, nicht akzeptabel“. Das Medienecho auf die Pressekonferenz vom Mittwoch sei völlig zu Recht desaströs. „Der Parteiführung ist offensichtlich nicht klar, dass sie mit einem Auftritt wie gestern den guten und richtigen Anliegen, die vor eineinhalb Jahren zur Gründung der AfD geführt haben, massiv schadet.“

Ausdrücklich betont Eibl, dass sein Austritt keine Kritik am bayerischen Landesvorstand darstelle, da dieser „ausgleichend und integrativ“ wirke. „Allerdings wird auch der bayerische Landesvorstand deswegen von nationalkonservativen Kreisen angegriffen und sieht sich einem Abwahlantrag beim kommenden Landesparteitag am 19. Oktober gegenüber“, schließt das ehemalige AfD-Mitglied.

Ausreißer „Fritzi“ läuft vor Zug

München – Ziegenbock „Fritzi“ hat kurzfristig den Bahnverkehr zum Münchner Flughafen lahmgelegt. Der Ausreißer sei am Mittwoch auf die Gleise gelaufen und dort von einem Zug leicht am Kopf erfasst worden, berichtete die Bundespolizei am Donnerstag. „Fritzi“ floh nach dem leichten Zusammenprall unter den Zug, erst mit einiger Geduld konnte der Ziegenbock aus der Gefahrenzone gebracht werden. Das Tier erlitt eine Gehirnerschütterung.

„Fritzi“ hatte zuvor vermutlich mit seinen Hörnern sein Gatter auf einem Hof in Unterschleißheim geöffnet und schließlich das Weite gesucht. Als der Ziegenbock auf dem Gleis herumlief, konnte der Lokführer des herannahenden Zuges nicht mehr rechtzeitig stoppen. Die Zugspitze touchierte die Ziege am Kopf.

Special Olympics 2017 in Hof

Hof – Die Olympischen Sommerspiele von Special Olympics in Bayern für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung finden im Juli 2017 in Hof statt. Diese Entscheidung hat der Veranstalter gestern Abend bekanntgegeben. Ein attraktives Gesamtkonzept, das gute Angebot an Sportstätten und letztlich die Grenznähe zu Sachsen, Thüringen und Tschechien hatten überzeugt. Mitbewerber waren Erding und Kaufbeuren. Nach Worten von Sebastian Stuhlinger von der Geschäftsstelle SO Bayern sei es Ziel von Special Olympics, Inklusion zu fördern – langfristig und überregional. Die Region Hof, in der man bereits gute Partner habe, könne hier eine Leuchtturmwirkung einnehmen. Die Athleten werden aus Bayern und angrenzenden Bundesländern kommen. Auch vier ausländische Delegationen stehen auf der Einladungsliste. Rund 300 Betreuer begleiten die Sportler. Man rechnet auch mit rund 350 freiwilligen Helfern aus Vereinen, Schulen und Hochschulen der Region. Angeboten werden die Sportarten Badminton, Basketball, Boccia, Bowling, Fußball, Handball, Judo, Kanu, Leichtathletik, Radfahren, Schwimmen, Tennis und Tischtennis. Dazu gibt es ein umfangreiches Rahmenprogramm.

Bordellbesitzer vor Sieg über Stadt Dachau

Dachau – Vielleicht hat die Stadt Dachau die falschen Mittel ergriffen, um die Prostitution in ihrem Gewerbegebiet einzudämmen. Mit baulichen Auflagen versucht sie, zwei Betriebe zu verhindern. Im Gewerbe-Wohn-Mischgebiet Dachau-Ost findet man bereits drei Erotikbetriebe. Zwischen Kfz-Werkstätten, Lackierereien und Mechanikerbetrieben bieten sie Massagen, Entspannung und käuflichen Sex an.

Versteckt gibt es außerdem im sogenannten Handwerkerhof ein Fetischstudio, das dort schon vor zwölf Jahren von einer Domina eingerichtet wurde. Von außen ist es ein weißes Wohnhaus, der Balkon von wildem Wein umrankt, eine Laterne hängt da. Eine grüne Laterne.

Aufmerksam geworden ist die Stadt auf das Studio erst, als die Besitzerin, eine etwa 60-jährige stark geschminkte Blondine, eine Nutzungsänderung ihrer Räume beantragte. Sie hat sich offenbar ihr Recht, dort ihr Gewerbe zu treiben, durch Gewohnheit erworben. Beim Gerichtstermin mit Ortsbesichtigung am Donnerstag legt die Richterin der Stadt nahe, das Fetischstudio zu dulden, da die Nutzungsunterlassung erst vor Kurzem ergangen sei. Zudem werde das Studio diskret geführt.

Die Rechtsanwältin der Domina erklärt, dass die Besucher den Hintereingang nutzen, da sie selbst auf Diskretion bedacht seien. Jedoch will die Rechtsanwältin nicht nur eine Duldung, sondern eine offizielle Genehmigung. Ihre Mandantin sagt: „Ich möchte, dass es ein Fetischstudio bleibt. Das liegt mir am Herzen.“ Selbst wenn sie nicht mehr selbst als Domina arbeiten werde, könne sie das Studio an bis zu drei Damen vermieten und es „mit 80 noch führen“. Die Klägerin hat gute Chancen. Nicht nur wegen des Gewohnheitsrechts, sondern auch, weil sie die vorgeschriebenen sechs Parkplätze ordnungsgemäß nachweisen kann, wie die Vertreter der Stadt anerkennen. Diese Parkplätze sind nicht versteckt, sondern vor dem Haus. Die Nachbarn empfinden den Betrieb daher als weniger diskret: Ihre Töchter würden oft angesprochen.

SPD fordert 2,4 Milliarden Euro für Nordbayern

Franken und die Oberpfalz rücken ins Zentrum der Politik: Am kommenden Dienstag will Horst Seehofer seinen „Nordbayernplan“ vorstellen. Die SPD präsentierte bereits gestern ihre Version des Papiers.

Von Roland Beck

Nürnberg – Zur Stärkung des nordbayerischen Raums fordert die SPD ein milliardenschweres Konjunkturförderprogramm und mehr Eigenverantwortung für die Gemeinden. Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher stellte am Donnerstag in Nürnberg den „Nordbayernplan“ seiner Partei vor. Kern des Zehn-Punkte-Programms sind Regionalbudgets für Unter-, Ober- und Mittel-

franken sowie die Oberpfalz in Höhe von jeweils 600 Millionen Euro – insgesamt also 2,4 Milliarden Euro.

„Über deren Verwendung sollen Gemeinden und Landkreise, aber auch Verbände, Gewerkschaften und Kammern direkt vor Ort gemeinsam



„Wir wollen kein Land der zwei Geschwindigkeiten.“ SPD-Chef Markus Rinderspacher

„Wir wollen kein Land der zwei Geschwindigkeiten, wo es eine schnellere Entwicklung im Süden als im Norden gibt“, betonte Rinderspacher. Das Land befinde sich derzeit keineswegs im Gleichgewicht. Das

Bruttoinlandsprodukt in Oberbayern sei deutlich höher als in Franken.

Rinderspacher warf Heimatminister Markus Söder (CSU) vor, die Verlagerung von Behörden aufs Land groß angekündigt, aber bislang nicht umgesetzt zu haben. „Seit drei Jahren ist die Behördenverlagerung in aller Munde. Wann kommen die denn endlich?“ Der Aussage Söders, wonach nicht jede Behörde in München sitzen brauche, müssten

jetzt konkrete Taten folgen. Der Nordbayernplan der SPD sieht die Verlagerung von Teilen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege aus Starnberg nach Nordbayern vor. „Auch das geplante staatliche Digitalisierungs-

zentrum wäre aus unserer Sicht anstatt in München besser in Nordbayern aufgehoben, wo die Hauptaufgaben bei der Digitalisierung liegen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Helga Schmitt-Bussinger.

Die SPD regt außerdem einen Entschuldungsfonds in Höhe von 100 Millionen jährlich für notleidende Gemeinden, mehr Mittel für Kultur in Nordbayern und einen um 2,25 Prozentpunkte höheren Anteil der Gemeinden am Steuerverbund an. Finanziert werden sollen die Projekte zum einen durch Umschichtungen im Staatshaushalt. Zum anderen müssten Prioritäten zugunsten der Regionen mit Nachholbedarf gesetzt werden.

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) will seinen Nordbayernplan am kommenden Dienstag bei der Sitzung des Kabinetts in Nürnberg vorstellen.

Sparkasse Miesbach will ihr Geld zurück

Erst gab sich die Miesbacher Kreissparkasse großzügig und spendete reichlich Geld. Jetzt will sie ihr Geld zurückhaben.

Von Paul Winterer

Miesbach – Nach der Sponsoring-Affäre der Kreissparkasse Miesbach-Tegetsee und dem Rückzug von Landrat Jakob Kreidl, CSU, aus der Politik will das Geldinstitut Geld von den Begünstigten zurück haben. Dies sei die Konsequenz eines Prüfberichtes im bayerischen Innenministerium, sagte Sparkassensprecher Peter Friedrich am Mittwoch. Der Verwaltungsrat habe beschlossen, jene Forderungen geltend zu machen, bei denen ein Anspruch bestehe.

Damit dürften auf Kreidl und seinen damaligen Stellvertreter Arnfried Färber von den Freien Wählern erhebliche finanzielle Forderungen zukommen. Aber auch der frühere Sparkassenchef Georg Bromme muss nach Informationen des *Münchner*



Muss vermutlich die Kosten für seine Geburtstagsfeier zurückzahlen: der umstrittene und mittlerweile zurückgetretene CSU-Politiker Jakob Kreidl.

Merkur mit Anwaltspost rechnen.

In seinem im Mai vorgelegten Prüfbericht hatte das Ministerium zahlreiche Sponsoring-Aktivitäten aus der Ära Bromme als unzulässig gerügt, etwa die Zahlung von knapp 300.000 Euro für den Umbau und die Ausstattung von Kreidls Büro oder den millionenteuren Kauf eines

Mönchs-Chores im früheren Kloster Tegernsee.

Kreidl und Färber müssen damit rechnen, wenigstens einen Teil der Kosten für ihre Geburtstagsfeier selbst zu bezahlen. Kreidls Feier zum 60. Geburtstag hatte fast 120.000 Euro gekostet, Färbers Fest zum 70. Geburtstag verschlang 55.000 Euro.